



Klimt-Weithaler: Mindestsicherung ist „Harz IV“ auf österreichisch

KPÖ-Kritik an „Einsparungen auf Kosten der Ärmsten“ – Mindestlohn nötig!

Trotz weniger Lichtblicke ist die Mindestsicherung, die mit 1.9.2010 in Kraft treten soll, kein großer sozialpolitischer Wurf, sondern ein Schritt in die Richtung der „Harz-IV“-Regelung in Deutschland. Das kritisiert die steirische KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler nach Bekanntwerden der Eckpunkte der „bedarfsorientierten Grundversicherung“.

Durch die Regelung, dass die Mindestsicherung statt 14- nur 12 Mal im Jahr ausbezahlt wird, kann es für viele Betroffene in Zukunft sogar zu einer Schlechterstellung kommen und stellt in

den Augen von Klimt-Weithaler eine „Einsparungsmaßnahme auf Kosten der Ärmsten“ dar. Die KPÖ hofft, dass die SPÖ Wort hält und in der Steiermark den Betrag 14 Mal ausbezahlt wird. Positiv bewertet wird von der steirischen KPÖ die Krankenversicherung.

Nach wie vor können Betroffene, die staatliche Hilfe beziehen, aber ihren gesamten Besitz verlieren. Das kommt einer Enteignung von Menschen gleich, die z.B. ihren Arbeitsplatz verloren haben und eine zeitlang auf Unterstützung angewiesen sind. Zu den finanziellen Problemen kann dann noch der Verlust



des Hauses kommen. Für die KPÖ ist das inakzeptabel.

Klimt-Weithaler: „Ein wesentlicher Unterschied zum derzeitigen System der Sozialhilfe ist nicht erkennbar, von einem großen Wurf kann man dabei nicht sprechen. Es ist zu hoffen, dass mit den ‚arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen‘ nicht die Schaffung eines zusätzlichen Billiglohnssektors gemeint ist, wie er von Rot-Grün in Deutschland etabliert wurde. Wir brauchen das Gegenteil, nämlich Löhne, die zum Leben reichen“, betont die KPÖ-Abgeordnete die sozialpolitische Bedeutung der Einführung eines Mindestlohns.

Katalog der neuen Bibliothek des KPÖ-Bildungsvereins: <http://bildungverein.kpoe-steiermark.at/bibliothek.phtml> oder unter <http://www.bibliotheken.at/>



Platz für Adressaufkleber
Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA
8020 Graz VNr: 07Z037205

**Gemeinderatswahl
21. März 2010**

**Privilegien
Gebührenerhöhungen
Freunderlwirtschaft ?**

Mit uns nicht!



KPÖ
im Gemeinderat

KPÖ will Kurswechsel in steirischer Energiepolitik

Werner Murgg: Steirische Haushalte zahlen nach wie vor überhöhte Strompreise

In einer Dringlichen Anfrage an LH Voves wollte die KPÖ in der Landtagssitzung am 19.1. Klarheit über die Gerüchte bekommen, dass als „Wahlzuckerl“ eine kurzfristige und zeitlich begrenzte Strompreissenkung erfolgen soll.



LABg. Werner Murgg

Diese Vorgangsweise würde die Argumentation des Landeshauptmannes widerlegen, der in den vergangenen Jahren immer betont hat, das Land habe aufgrund geheimer Syndikatsverträge mit dem französischen Atomkonzern EDF keine Möglichkeit

der Einflussnahme auf die Gestaltung des Strompreises.

KPÖ-LAbg. Klimt-Weithaler: „Wir wollen von Beihilfen und Wahlgeschenken hin zu einer Energiepolitik, die Strom für alle auf Dauer erschwinglich

macht. Viele Leute haben heute selbst bei voller Berufstätigkeit Probleme, ihre Stromrechnung zu bezahlen, wie ich in unseren Sprechstunden immer wieder von Betroffenen höre. Ein öffentliches Energieunternehmen hat in erster Linie den Auftrag, die Bevölkerung mit leistbarem Strom zu versorgen.“

KPÖ-LAbg. Werner Murgg weist darauf hin, dass der Strompreis an der Börse Anfang 2010 sogar unter dem Niveau von 2006 liegt, die Haushaltskunden aber trotzdem einen höheren Preis bezahlen. Aus diesem Grund setzt sich die KPÖ für einen „Steiermark-Tarif“ ein, der Haushaltskunden einen deutlichen günstigeren Preis bieten soll – die unterste Tarifstufe soll 5 Cent pro

kWh betragen (derzeit über 7 Cent). Nur knapp über 20 % des Geschäftsergebnisses der Estag speisen sich aus den Einnahmen von Haushaltskunden, dies wäre für die Estag, nach wie vor einer der teuersten österreichischen Stromanbieter, also tragbar.

„Falls diese Initiative wieder abgeblockt werden sollte, werden wir die letzte Stufe unserer Rakete zünden und mit einer Gesetzesinitiative in den Landtag gehen. Unser Ziel ist es, den Eigentümervorteiler mit einem hundertprozentigen Durchgriffsrecht auszustatten, um den Strompreis endlich senken zu können“, kündigt Murgg mögliche nächste Schritte zur Durchsetzung eines angemessenen Strompreises an.

„Studienkarte“: Landtag beschließt neue Verhandlungen

Klimt-Weithaler: Regelung entspricht nicht mehr der Lebensrealität

Mit dem Stimmen von SPÖ, KPÖ und Grünen wurde in der Landtagssitzung am 19. Jänner auf Antrag der KPÖ beschlossen, Landesrätin Edlinger-Ploder erneut mit Verhandlungen über die Ausweitung der Ermäßigung für den Öffentlichen Verkehr zu beauftragen. Bisher wurden trotz gültiger Beschlüsse von der Landesrätin keine Schritte in diese Richtung gesetzt, kritisiert KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.



Derzeit zahlen steirische Studierende einen im österreichischen Vergleich sehr hohen Preis für eine Semesterkarte (Studienkarte). Die Ermäßigung beträgt 38 Prozent, wobei sowohl der Bund als auch die Stadt Kapfenberg ihre Bereitschaft

signalisiert haben, eine 50-prozentige Ermäßigung einzuführen. Die Kosten dafür betragen 360.000 Euro. Das ist jener Betrag, den das Land bei einer höheren Besteuerung von Glücksspielautomaten innerhalb von drei Tagen (!) einnehmen würde.

Auch der Wegfall der Familienbeihilfe als Zugangsvoraussetzung zur Studienkarte wurde von der KPÖ erneut eingefordert: „Diese Regelung entspricht nicht der Lebensrealität von tausenden Studierenden in der Steiermark und in Österreich, die die Familienbeihilfe verloren haben, weil sie erwerbstätig sind oder durch lange Wartezeiten auf Lehrveranstaltungen ihren Anspruch verloren haben“, so Klimt-Weithaler.

Gegen „Plastikflut“ mobil machen!

Renate Pacher thematisiert im Landtag massives Umweltproblem

In der Landtagssitzung am 15. Dezember machte KPÖ-LAbg. Renate Pacher mit einer Reihe von Initiativen gegen die Verpackungs- und Kunststoffflut mobil. Die KPÖ hat bereits einen einstimmigen Beschluss zum Verbot der hochgiftigen Chemikalie Bisphenol A erreicht, dies sei aber nur die Spitze des Eisbergs, so Pacher.

„Die ganze Tragweite des Problems kann noch gar nicht erfasst werden kann. Tagtäglich werden Unmengen von teilweise extrem langlebigen Kunststoffprodukten in die Umwelt entlassen. Ein Entrinnen aus der Plastikflut ist kaum möglich. Kunststoff-Getränkeflaschen haben das Glas weitgehend verdrängt, Kunst-



KPÖ-LAbg. Renate Pacher

stoffe sind als Verpackungsmaterial allgegenwärtig. Lebensmittel selbst Bio-Produkte, ohne Kunststoffverpackung sind die Ausnahme. Es ist an der Zeit, diesem Problem mehr Aufmerksamkeit zu widmen und auch gegenzusteuern“, fordert Renate Pacher. Entsprechende Anträge wurden vom steirischen Landtag einstimmig angenommen.



Steiermark: Soziale Absicherung für Pflegeeltern kommt 2010

Klimt-Weithaler: Landtag beschließt Anfang 2010 Pensions-, Kranken- und Unfallversicherung für Pflegeeltern; KPÖ übernahm Initiative

Der Mangel an Pflegeeltern wird in der Steiermark zu einem immer größeren Problem. Hauptgrund dafür ist das Fehlen jeglicher sozialer Absicherung, für die die KPÖ seit 2006 kämpfte.

Jetzt haben auch die anderen Fraktionen die Notwendigkeit erkannt, an dieser Situation etwas zu ändern, freut sich KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: Im zuständigen Ausschuss wurde am 1. Dezember einstimmig beschlossen, die Möglichkeit der Anstellung für Pflegeeltern nach

dem BAGS-Kollektivvertrag (Berufsvereinigung der Arbeitgeber für Gesundheits- und Sozialberufe).

Pflegemütter und -väter haben somit Pensions-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung. Landesrat Schrittwieser hat zugesagt, dass die neue Regelung noch im Frühjahr 2010 beschlossen werden kann.

Labg. Claudia Klimt-Weithaler: „Unsere Hartnäckigkeit hat sich ausgezahlt, nach vier Jahren stehen wir vor einem Durchbruch. Pflegeeltern übernehmen die Erziehung von Kin-

dern in Ausnahmesituationen. Sie helfen Kindern durch schwierige Zeiten und ermöglichen ihnen die Bindung in einer Familie, die für ihre Entwicklung wichtig ist. Entsprechend anspruchsvoll und herausfordernd ist die Tätigkeit der Pflegeeltern. Dass ihnen dafür nicht einmal eine minimale Absicherung zugestanden wurde, ist ein untragbarer Zustand, der aber bald der Vergangenheit angehören wird.“

Besonders in Graz werden Pflegeeltern dringend gesucht, heißt es auf der Homepage der Stadt Graz. Peter Engel, Leiter

des Pflegeelternreferates im Jugendamt: „Wir suchen derzeit besonders dringend Pflegeeltern, weil wir einerseits immer weniger Betreuungsplätze anbieten können, andererseits die Situation der Pflegekinder immer dramatischer wird. Es gibt immer mehr familiäre Krisen und die Kinder, die zu betreuen sind, haben auch einiges an Anspruch, und wir suchen Menschen, die bereit sind, neben ihren Kindern auch Pflegekinder zu betreuen.“ Derzeit können in Graz 500 Kinder nicht mehr bei ihren eigenen Eltern leben, 200 davon sind in Pflegefamilien.

965.000 Euro für Menschen in Notlagen

Tag der offenen Konten: KPÖ-PolitikerInnen geben den Großteil ihres Einkommens an Menschen in Not weiter. Seit 1998 sind das mehr als 965.000 Euro. Einkommen und Spenden wurden am 28. Dezember nachvollziehbar offengelegt.

Nicht abheben

„Wir KPÖ-PolitikerInnen wollen uns nicht von den arbeitenden Menschen abheben. Wir waren immer der Meinung, dass PolitikerInnen zu viel verdienen“, ergänzt KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher. Sie bekommt wie alle 56 Landtagsabgeordneten 6.500 Euro brutto. Bei allen vier Landtagsabgeordneten der KPÖ

geht der Gutteil des Gehalts über den Sozialfonds an Menschen in Not. Auch bei der Grazer KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Sie bekommt pro Monat 5.400 Euro, 14 mal. Soviel verdient ein Stadtrat in Graz. Allein Elke Kahr hat in Graz heuer 54.000 Euro an rund 700 Menschen in Notsituationen weitergegeben.

Helfen statt reden

Es ist den Wählern der KPÖ zu verdanken, dass in akuten Notlagen praktische Hilfe geleistet werden kann. Besser wäre es, wenn es durch mehr sozial Gerechtigkeit gar nicht zu solchen Notlagen kommt würde. Die KPÖ hilft, während andere nur reden.

Die KPÖ-Politiker behalten 2000 Euro für sich. Der viel größere Teil geht über den Sozialfonds an Menschen in Not. Heuer waren das 163.898 Euro, mit denen 1.311 SteirerInnen geholfen wurde. Insgesamt hat die KPÖ mit ihrem von Ernest Kaltenegger gegründeten Sozialfonds seit 1998 Steirern in Not mit mehr als 965.000 Euro geholfen.

Das Jahr 2009 stand ganz klar im Zeichen der Krise. Sie hinterlässt tiefe Spuren in der Steiermark. „Immer mehr Menschen brauchen Unterstützung für den unmittelbaren Lebensbedarf, Zuschüsse zu Kautionen, Mieten, Stromkosten, Heizung, Reparaturen“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.



Offenlegung der Einkommen bei der KPÖ: 965.000 Euro haben die KPÖ-Landtagsabgeordneten seit Einführung des Sozialfonds für Menschen in Notlagen eingenommen.

KPÖ für Steuertransparenz statt „Transferkonto“



Kaltenegger: Gleiches Recht für alle!

Die Studie „Mit Transparenz zu einem gerechten und effizienten Steuersystem“ der Wirtschaftswissenschaftler René Bormann, Thomas Rixen und Klaus Seipp vom Juli 2009 zeigt auf, dass die gegenwärtigen neoliberalen Vorstellungen von Effizienz, Markt und Staat nicht die Basis eines langfristig stabilen und sozialen Wirtschaftssystems sein können.

Den schrumpfenden Einnahmen des Staates stehen rasant steigende Ausgaben gegenüber. Aber nicht nur die Krise mit ihren Konjunkturprogrammen,

Milliardenförderungen für bankrotte Banken und deren Folgen für die Sozialsysteme reißt Löcher in den Staatshaushalt. Auch das Investitionsdefizit wie z.B. in den Bereichen Bildung, Forschung und ökologischer Wandel muss dringend ausgeglichen werden.

Um diesen Aufgaben in Zukunft gerecht werden zu können, ist es dringend geboten, das in Österreich herrschende Steuerrecht grundlegend zu verbessern. Es muss, so die Autoren der Studie, „sicher gestellt werden, dass sich jeder entsprechend seiner Leistungsfähigkeit an der Finanzierung der staatlichen Aufgaben beteiligt. Eine steuerliche Transparenzinitiative ist der Schlüssel zur Erreichung dieses Ziels.“

So wie der Staat sich verpflichtet fühlen sollte, seine Bürgerinnen und Bürger über alle Ausgaben und Förderungen umfassend zu informieren, so würde auch eine Veröffentlichung der gezahlten Steuern sowie der Steuerschulden viel zu einem gerechteren und transparenteren Gemeinwesen beitragen. In Schweden wurde bereits 1766 (!) eingeführt, dass jeder Bürger und jede Bürgerin in alle behördlichen Akten Einblick nehmen kann, auch in sämtliche Steuerbescheide. Beschwerden darüber gibt es kaum, schließlich werden auch die Leistungen offengelegt, die mit dem Geld der Bevölkerung getätigt werden.

„Eine solche Regelung ist transparenter und gerechter als



ein ‚Transferkonto‘, mit dem z.B. Eltern noch indirekt ein Vorwurf gemacht wird, dass sie für ihre Kinder Familienbeihilfe beziehen. Die gigantischen Förderungen für Großkonzerne und Parteien sowie die Gagen von ‚Beratern‘ und Managern durch die öffentliche Hand, die für oft zweifelhafte Tätigkeiten riesige Summen bekommen, sollen aber weiterhin unsichtbar bleiben“, kritisiert KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker.

Kaltenecker schlägt deshalb vor, die Steuerleistung aller Bürgerinnen und Bürger sowie aller Firmen ohne Unterschied offenzulegen. Die Aufrechterhaltung von Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern bei gleicher Tätigkeit, die in diesen Tagen so oft angesprochen wurde, würde so auch erschwert werden.

Extreme Ungleichheit bei Vermögen in Österreich: „Auftrag für Reichensteuer“

Klimt-Weithaler sieht KPÖ-Forderungen durch Nationalbank-Studie bestätigt. 92 % im Besitz von wenigen tausend Superreichen

Eine Studie der Nationalbank unterstreicht auf dramatische Weise, was die Mehrheit der Bevölkerung längst in der Brieftasche spürt: Während immer mehr BezieherInnen „normaler“ Einkommen Probleme haben, ihren Lebensbedarf zu decken, besitzt ein sehr kleiner Kreis – 0,3 Prozent der Bevölkerung – 92 Prozent des Vermögens an Beteiligungen in Österreich. Beim privaten Geldvermögen – in Österreich 420 Milliarden Euro – sieht es ganz ähnlich aus.

Die KPÖ Steiermark hat

dem Nationalrat am 5.11.2009 über 5000 Unterschriften für die Einführung einer Reichensteuer für Vermögen über 1 Mio. Euro übergeben. Durch die Zahlen der Nationalbank sieht KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler ihre Linie bestätigt: „Eine Reichensteuer, wie sie die steirische KPÖ fordert, würde nicht die ‚Häuslbauer‘ treffen, wie SPÖ und ÖVP gerne argumentieren. Sie würde aber die Folgen der Umverteilungspolitik von unten nach oben korrigieren, die es zugelassen hat, dass es in Österreich zu einem so starken sozialen Ungleichgewicht gekommen ist.“

Die wachsende Armut und die Konzentration von riesigen Vermögen in den Händen weniger sind kein Naturgesetz,

sondern die Folge einer Politik, die sich ihre Inhalte von Lobbyisten diktieren lasse, so Klimt-Weithaler. „Wir brauchen endlich höhere Löhne für die arbeitende Bevölkerung und eine Steuer auf die riesigen Vermögen. Die Bevölkerung wird ohnehin durch die Kosten für die Wirtschaftskrise belastet, jetzt sollen die Profiteure der vergangenen Jahre, die ihre Vermögen steuerfrei geparkt haben, endlich auch einen Beitrag leisten.“



in Stadt



Land

KPÖ

STEIERMARK

Kaltenecker - KPÖ, Tel. 0316 / 877 51 04,
Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz